

Der Euro-Rettungsfonds EFSF¹ ist gescheitert

Seinem Nachfolger, der nachgebesserten zweiten Version, die am 21. Juli 2011 von den Regierungen der Euro-Länder beschlossen wurde, wird es genau so ergehen.

Von Andres Müller

Das steht bereits fest, bevor die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dem neuen EFSF 2 am 29.09.2011 mit überwältigender Mehrheit zustimmen werden. Die einen werden es aus weltanschaulichen Gründen tun, die anderen aus Parteiräson. Sie werden dazu, wie gewohnt, ihren normalen Menschenverstand ausschalten – den nötigen Sachverstand haben sowieso die wenigsten von ihnen. Sie müssen aber auch zusätzlich den erklärten Willen der Deutschen bewusst missachten, so wie sie es schon bei der Einführung des Euro getan haben. In einer gerade eben veröffentlichten Umfrage der EU-Kommission² widersprachen 57 Prozent der befragten Deutschen der Aussage, dass der Binnenmarkt ihren Lebensstandard gehoben habe. Wie recht sie damit haben, beweist ein Vergleich der Wohlstandsentwicklung anhand der Wachstumsraten in der Zeit von 2000 – 2009. Die durchschnittliche Wachstumsrate Deutschlands betrug in dieser Zeit 1,9%, die Irlands 6,2%, die Griechenlands 8%, die Spaniens 7,4% und die Portugals 3,8%.³

Im Gegensatz zur Volksmeinung begründet die politische Klasse in Deutschland die Notwendigkeit der Hilfe für andere Euro-Staaten immer wieder mit den ökonomischen Vorteilen, die Deutschland angeblich mehr als jedes andere Land aus der gemeinsamen Währung zieht. Das ist eine infame Lüge! Auch ohne Kenntnis der Wachstumswahlen weiß das Volk besser als die Politiker, dass der Euro ihnen mehr Nachteile als Vorteile gebracht hat.

Die Deutschen werden von ihren Politikern in der Euro-Rettungsfrage nach Strich und Faden belogen. So behauptete der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Bundestag⁴, dass Deutschland in Höhe von 211 Mrd. Euro (Steigerung um 77 Prozent) hafte, aber nicht für die Zinsen (des EFSF) büрге. Im Gegensatz dazu hatte der Sprecher des EFSF-Fonds bestätigt, dass Deutschland für den Nominalbetrag plus Zinsen hafte. Die Gesamtbürgschaft beträgt demnach aber nicht 211 Mrd. Euro, sondern mehr als 400 Mrd. Euro, wie die Deutsche Bank ausgerechnet hat. Wolfgang Schäuble hat also entweder gelogen oder er – der Finanzminister – weiß wirklich nicht, wie hoch die Haftung Deutschlands ist. In beiden Fällen ist er als Finanzminister untragbar! Der Abstimmung im Bundestag liegen die von Schäuble behaupteten 211 Mrd. Euro zugrunde!

Doch der Lügen noch nicht genug: Auf der Tagung des IWF am 25.09.2011 in den USA stellten die versammelten Experten fest, dass auch die erhöhte Bürgschaftssumme von 440 Mrd. Euro immer noch nicht ausreicht, die Rückzahlung der Staatsschulden abzusichern. Diese Summe müsse daher erhöht werden und man gab den Euro-Retterern den guten Rat, die Haftungssumme aufzustocken – mit Fremdkapital (Schuldenaufnahme durch den EFSF). Euphemistisch nennen die Experten das Vorgehen „Effizienzsteigerung durch „Leverage-Effekte“ (Hebelwirkungseffekte). Es ist die sattsam bekannte Methode,

¹ European Financial Stability Facility, übersetzt: Unternehmen zur Gewährung eines Kreditspielraums zur Stabilisierung der Finanzen in Europa.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.09.2011 Seite 1.

³ Datenquelle: EuroStat, [tec00001] - Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen; Millionen Euro (ab 1.1.1999)/Millionen Ecu (bis zum 31.12.1998) zu jeweiligen Marktpreisen.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.09.2011 Seite 11.

mit der die Finanzexperten die Rentabilität des Eigenkapitals erhöhten – so lange, bis die Finanzierungsmethode 2007 in der US-Immobilienkrise und der nachfolgenden Weltfinanzkrise implodierte.

Doch wer soll dem EFSF die notwendigen Kredite geben? Infrage kämen die EZB und die anderen Notenbanken Europas. Jens Weidmann, der Präsident der Deutschen Bundesbank, hat dies strikt ausgeschlossen, weil es gesetzlich verboten ist. Ob auch er zurücktreten wird – wie sein Vorgänger Axel Weber oder der Chefökonom Jürgen Stark? Wie wär es mit Staatsfonds aus Asien oder Arabien? Doch die wissen genau, welches Risiko sie dabei eingehen würden. Welche Dummen finden sich denn heute noch für solche Risiko-Geschäfte nach den Erfahrungen mit den gebündelten Wertpapieren aus der US-Finanzkrise und den anschließenden Totalverlusten?

Heute sichert Finanzminister Schäuble den Bundestagsabgeordneten zu, dass keine weiteren Bürgschaftserhöhungen geplant sind und in Frage kommen, doch Geldgeber, die das Risiko der EFSF-Forderungen übernehmen, kann er nicht nennen. Solche können nur zwangsweise rekrutiert werden: Bei den Steuerzahlern in Deutschland. Sie können sich nicht dagegen wehren. Die Handlungsvollmacht für ihr Wohl und Wehe liegt in den Händen ihrer Politiker. Ob die das Risiko für sich selbst eingehen, das sie ihren Bürgern aufbürden?

Wenigstens werden die Deutschen jetzt und in der Nachfolgezeit erleben, was sie an ihren Politikern haben. Schließlich haben sie diese ja gewählt.

@ www.hpatzak.de

28.09.2011

Der Werdegang des EFSF-Rettungsfonds im Lichte der Fakten! Ein Nachwort zur der Bundestagsabstimmung am 29.09.2011:

Am 22. September, auf dem G-20-Finanzministertreffen in Washington, hatte der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner die Europäer aufgefordert, die Finanzkraft ihres Rettungsfonds zu erhöhen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.09.2011 Seite 15).

Auf derselben Tagung, am Tag danach, forderten Amerika und die Schwellenländer (G 20) die Europäer auf, den Stabilisierungsfonds EFSF aufzustocken. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.09.2011 Seite 13). Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hielt das nicht für notwendig und sagte, dass es mit der vereinbarten Stärkung des Euro-Rettungsfonds die notwendigen Instrumente gebe, um auf alle Entwicklungen angemessen reagieren zu können.

Am 27.09 berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (Seite 11), dass Wolfgang Schäuble künftig eine effizientere Nutzung des EFSF verlangt, doch stehe die Frage vor der Bundestagsabstimmung zur Erhöhung des EFSF nicht im Fokus! Und so stimmte der Bundestag am 29.09.2011 über eine Erhöhung des EFSF-Fonds auf 211 Mrd. Euro und nicht über die tatsächliche Erhöhung der Bürgschaft auf 400 Mrd. Euro ab. Von Bürgschaftssummen in Höhe von 1.000 bis 2.000 Mrd. Euro, von denen in Expertenkreisen gesprochen wird, war nicht die Rede.

Noch nicht. Diese Steigerung folgt im nächsten Akt. Wir können gespannt sein, ob die Volksvertreter dann die Interessen und Rechte des Volkes vertreten werden?

@ www.hpatzak.de

29.09.2011